NRW
DIE FRAKTION
SPD

HINTERGRUND

Ausgaben für Polizei und Verfassungsschutz in NRW

Die rot-grüne Landesregierung hat seit Regierungsantritt die Haushaltsmittel zur Unterstützung der Arbeit der Polizei deutlich erhöht: 2016 stehen im Haushalt fast drei Milliarden Euro zur Verfügung. 2005 – unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung – waren es nur rund 2,3 Milliarden. Damit haben wir die Mittel um fast 26 Prozent angehoben.

Das hat sich unter anderem auf die Gesamtzahl der Stellen bei der Polizei ausgewirkt: Wurden 2006 nur 500 neue Stellen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter geschaffen, waren es 2011 bereits 1.400 und in diesem Jahr sind sogar 1.920 neue Stellen geplant. Insgesamt haben sich die Planstellen für aktive Beamtinnen und Beamte seit 2006 von 39.111 auf 40.321 in diesem Jahr erhöht.

Auch bei den sächlichen Ausgaben hat die rot-grüne Landesregierung seit Regierungsübernahme im Jahr 2010 kontinuierlich deutlich mehr Geld für die Polizei zur Verfügung gestellt als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung. So sind die sächlichen Verwaltungsausgaben von etwa 336 Millionen Euro im Jahr 2005 auf rund 409,7 Millionen Euro im Jahr 2011 angestiegen und bis 2016 ist geplant sie auf rund 447 Millionen Euro anzuheben. Darunter fallen beispielsweise auch Ausgaben für Ermittlungen zur TKÜ und DNA-Untersuchungen ebenso wie Kosten für die Verkehrsunfallbekämpfung. Ferner gehört hierzu die Beschaffung neuer funktionaler Polizeibekleidung wie Uniformen, Kradanzüge und Einsatzanzüge für die Bereitschaftspolizei.

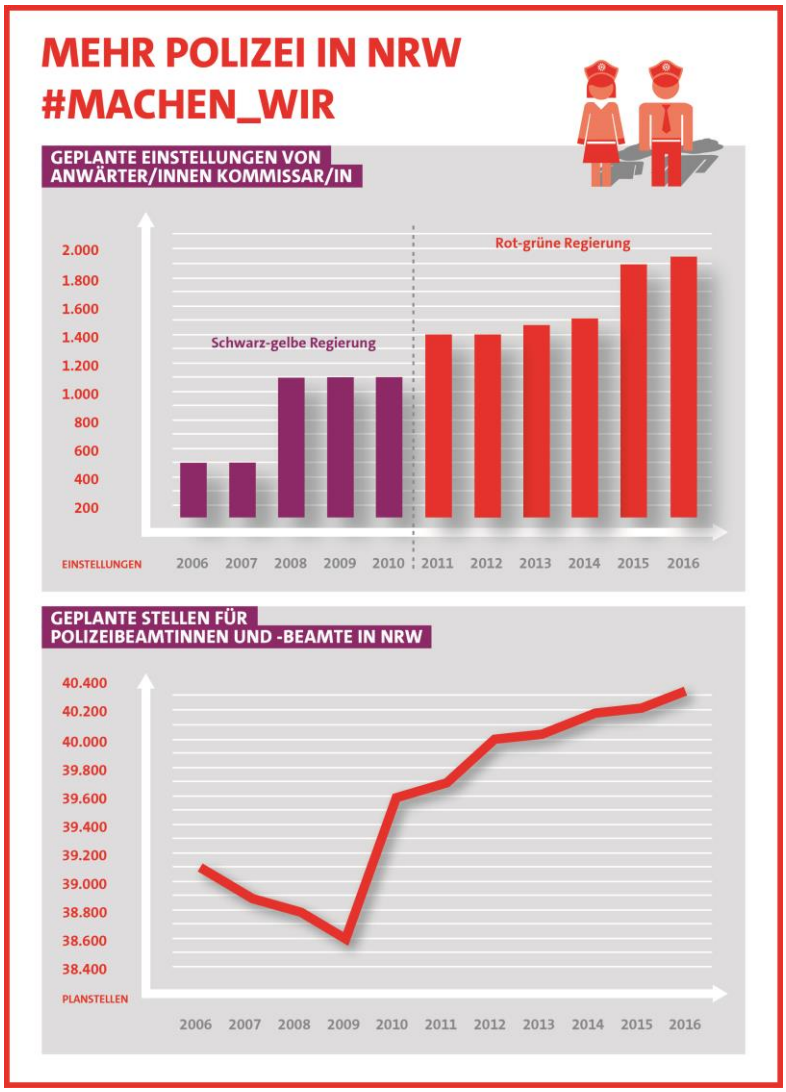
Die Ausgaben für Investitionen beispielsweise in neue Technik und Liegenschaften für die Polizei wurden ebenfalls insgesamt auf hohem Niveau verstetigt. Hierzu gehört auch der Reinvest in moderne Hubschrauber, Streifenwagen und Motorräder, außerdem zusätzliche IT-Mittel für das Landeskriminalamt unter anderem zur Bekämpfung der Cyberkriminalität.

Für 2016 hat die rot-grüne Landesregierung mehr als 600 Millionen Euro für den gesamten Sachhaushalt der Polizei eingeplant. Das sind fast 31 Prozent mehr als 2005 unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

Im Verfassungsschutz haben wir den Personalbestand massiv verstärkt. Sowohl im Haushalt 2015 als auch im Haushalt 2016 haben wir jeweils 31 neue Planstellen eingerichtet, insbesondere um den wachsenden Herausforderungen durch den gewaltbereiten Islamismus und Rechtsextremismus

Stand: 14.01.2016

wirkungsvoll begegnen zu können. Gestärkt wurden damit sowohl die Fähigkeiten zur Observation von Extremisten als auch zur Beschaffung und Auswertung von Informationen aus dem Internet und sozialen Netzwerken, die eine immer größere Rolle in den Kommunikationsbeziehungen extremistischer Gruppierungen und Netzwerke spielen. Zudem versetzen die zusätzlichen Stellen den Verfassungsschutz in die Lage, seine präventiven Maßnahmen zur Extremismusbekämpfung deutlich zu intensivieren.



Jahr	Einstellungs-ermächtigungen Kommissar/in
2006	500
2007	500
2008	1.100
2009	1.100
2010	1.100
2011	1.400
2012	1.400
2013	1.477
2014	1.500
2015	1.892
2016	1.920

Jahr	Planstellen für aktive Beamte
2006	39.111
2007	38.887
2008	38.789
2009	38.603
2010	39.593
2011	39.715
2012	39.994
2013	40.032
2014	40.150
2015	40.202
2016	40.321